

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. Karlsruher Ausgabe. 1890-1890 1890

130 (16.10.1890)

Erscheint täglich als Karlsruher Ausgabe u. folgt ins Haus geliefert monatlich 70 Pfg. Durch die Post bezogen mit Zustellgebühr 1/4 jährlich Mk. 2.25. Inzeratenpreis: 10 Pfg. die einseitige Garmondzeile, bei größeren Anzeigen und bei öfterem Einrücken entsprechenden Rabatt.

Volkstfreund

Verlag von Adolf G. & Co. in Offenburg. Redaktion u. Expedition in Kreuzstr. 51 in Karlsruhe. Alle Artikel d. Bl., die durch Korrespondenz-Feuille als Originalartikel bezeichnet sind, dürfen nur unter ausdrücklicher Bezeichnung der Quelle abgedruckt werden. Anzeigensbeilage gratis.

Einzelnummern 5 Pfg.

Südwestdeutsches Volksblatt.

Einzelnummern 5 Pfg.

Ein merkwürdiges Schriftstück

hat kürzlich das „Berl. Volksbl.“ veröffentlicht. Dasselbe ist nach Angabe dieses Blattes vor etwa 15 Jahren, als der Gedanke einer neuen „heiligen Allianz“ gegen die Revolution auftrug, für die russische Regierung ausgearbeitet, und zwar mit auf Veranlassung des Fürsten Bismarck und unter dessen Billigung zu dem Zwecke, einer internationalen Polizei- und Diplomatent Konferenz unterbreitet zu werden. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Plan zur Rettung der europäischen Gesellschaft.
„Der Augenblick ist gekommen, um mit der gänzlichen Wiederherstellung der Gesellschaft auf den Prinzipien der reinen Monarchie zu beginnen, die Rechte der legitimen Dynastien wie die erblichen Vorzüge des Adels in ihrer unzweifelbaren, unbestreitbaren und unbefristeten Grundlagen zu befestigen.“

Behufs dieses Zweckes unterbreitet das k. Kabinete zu Petersburg den befreundeten Kabinetten einige summarische Bemerkungen über die Elemente einer gouvernementalen Reorganisation und über die administrativen und ökonomischen Fragen. Nach seiner Meinung sollen sie zugleich einem Studium unterzogen werden, damit man allerseits bereit sei, im geeigneten Augenblicke die sich hieraus ergebenden Folgerungen ohne Zaudern mit Muth und Energie zur Anwendung zu bringen. Die k. Agenten werden beauftragt, durch die ihnen bekannten Mittel die Politik der noch nicht zustimmenden Mächte in dem Sinne der Lösungen, welche die Zustimmung der verbündeten Regierungen erhalten werden, zu lenken.

Gemäß früheren Uebereinkommungen soll die Unternehmung gegen die europäische Revolution unter Anrufung der ewigen Prinzipien des Eigenthums, der Familie und der Religion, auf welchen die soziale Ordnung beruht, eröffnet werden. Die Ausrottung des Sozialismus muß man als Vorwand festhalten. Doch scheint diese Feststellung des Zweckes der Unternehmung dem k. Kabinete in Anbetracht der weiteren Verbreitung des Uebels und der unzählbaren Allgemeinheit obigen Ausdrucks noch viel zu unbestimmt. Ihm dünkt es wünschenswerth, als zu belämpfendes Ziel nur den räuberischen, fluchwürdigen revolutionären Sozialismus zu bezeichnen und vorerst den reformatorischen, jene Prinzipien achtenden Sozialismus zu übergehen, und zwar aus einem zweifachen Grunde:

1. Würde man sich so, wenn nicht die Mitwirkung doch die Neutralität der gesammten Bourgeoisie sichern und auch in den Reichen des honetten Proletariats zahlreiche Anhänger gewinnen.
2. Würde man sich so gewisse Prinzipien aufbewahren, welche bei dem gouvernementalen Wiederaufbau mit großem Nutzen angewendet werden können, wie unten gezeigt wird.

Angenommen, daß der Feldzug Resultate für die Ordnung und die Autorität ergibt, so würde das k. Kabinete doch glauben, nur den kleinsten Theil der großen Aufgabe gelöst zu haben, wenn es ihm nicht gelänge, den Sieg der guten Sache zu vervollständigen. Darum bezeichnet es heute schon den verbündeten Regierungen eine Reihe allmählicher

Maßregeln, mit deren Hilfe es leicht sein wird, die Gewalt und die Ruhe in allen Staaten und dauernd herzustellen.

Sublata causa tollitur effectus. (Mit der Ursache schwindet die Wirkung.) Dieser Spruch gilt in der Politik wie in der Physik. Wo ist die Ursache aller Unwägungen, der religiösen, wie der moralischen, der philosophischen, wie sozialen und politischen, welche seit mehr als 300 Jahren, oder vielmehr seit der Emanzipation der Städte durch Philipp August, einem Revolutionär ohne es zu wissen, die Erde erschüttert haben? Die Ursache findet sich wesentlich und vorzüglich in dem Bestehen eines sogenannten Mittelstandes, eines Thiersetat, einer Bourgeoisie, welche ihrer Natur nach wohlhabend, intelligent, räsonnirend, störrisch, revolutionär, unregierbar ist oder die Wirksamkeit einer jeden Regierung lähmt oder entnervt. Mit den Ideen der republikanischen Vorzeit angefüllt, erzeugt sie nacheinander die religiösen Regereien und philosophischen Ausschweifungen des Mittelalters bis zur Reformation, bis zur Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts, bis zur demokratischen Diktatur Bonaparte's, bis zur periodischen Vertreibung legitimer Dynastien, bis zur sittlichen Verfunkenheit der Regierung Louis Philipps, bis zu den demokratischen Revolutionen der Jetztzeit, bis zur Pest des Sozialismus, die an den Völkern nagt, bis zum Königsmorde und bis zum Tollhausprojekte einer Universalrepublik und des ewigen Weltfriedens.

Es ist daher von höchster Wichtigkeit und unabwendbarer Nothwendigkeit, einen Baum, der so abscheuliche Früchte trägt, zu entwurzeln oder stark zu beschneiden. Seine gänzliche Entbehrlichkeit wird nicht durch einfache Schlußfolgerung bewiesen, sondern auch durch die Geschichte von Staaten, die ohne ihn bestanden haben und noch bestehen. Vor allem möge man durch Gründe, welche den Hauptern der sozialistischen Sekten selbst entlehnt werden, den arbeitenden Klassen die äußerste Schädlichkeit der schmarozerhaften Bourgeoisie beweisen.

Sofort wird es sich darum handeln, den Bürgerstand jachte um seine besten Hilfsquellen zu bringen. Zudem man sich einiger sozialistischer Sätze vorichtig bedient, schreitet man zur Expropriation der Besitzer und Aktionäre der großen Industrien, der Transportmittel, als z. B. der Bergwerke, Wälder, Kanäle, Eisenbahnen u. Man erklärt als Staatsmonopol und als Regie gewisse Zweige der Landwirtschaft und des Handels. Kunkelkräben-Zucker-Raffinerien, Kolonialwaaren und die bereits bestehenden Steuern auf die Lebensmittel, endlich das System der Accise sind Punkte einer Zeichnung, deren Umrisse man hier nur geben kann. Eine Militärregierung, um der Anarchie zu steuern, wird die erforderlichen Mittel und Wege finden. Man wird der Gesezgebung Verfügungen in Betreff der Arbeitgeber, welche ihre Untergebenen bedrücken und übervertheilen, dann in Betreff der Kaufleute, welche das Vertrauen des Publikums mißbrauchen, aufnehmen und die Davidverhandlungen mit der Unwürdigkeitserklärung zur Ausübung eines und mit der Entziehung ihrer Gewerbe bestrafen. — Durch dieses Verfahren eignet sich der Staat die Hilfsquellen der Bourgeoisie an und erwirbt sich die Gunst der Arbeiter, während er dieselben mehr und mehr der Bourgeoisie abgeneigt macht. In den großen Mittelpunkten der Industrie, deren

Leitung der Staat übernommen hat, würde man die Angestellten und die Arbeiter hierarchisch einreihen und, zu militärischen Uebungen und wöchentlichen Revuen anhaten, dadurch würde man nicht nur die revolutionäre Ansteckung vermindern und die Arbeit regeln, sondern auch mit geringen Kosten eine disciplinirte Armee unterhalten, welche an Subordination gewöhnt wird und der Regierung um so mehr ergeben wäre, als sie besondere Vortheile genießt, z. B. einen beträchtlich höheren Lohn als bei der Privatindustrie und die sichere Aussicht auf eine Altersversorgung. Diese Vortheile würde man durch die Anwendung der Prinzipien der Association erreichen, als welche sich das Zusammenleben in Arbeiterklassen herausstellen werde.

Um die Konkurrenz des Auslandes bestehen zu können, würden alle Kontinentalmächte eingeladen und nötigenfalls gezwungen werden, einer Kontinentalunion beizutreten. Hierauf würde sich von selbst eine Abperrung gegen England ergeben, mit dem übrigen der Krieg auf's äußerste geführt werden müßte, um den letzten Brand der Revolution zu erstickten. Zum Schluß glaubt man noch erinnern zu müssen, daß überall dahin gestrebt werden soll, die kirchliche Autorität mit der Regierungsgewalt in derselben Person zu vereinigen, und daß für die Zukunft nur durch eine zweckmäßige gemeinschaftliche Erziehung der Kinder außerhalb des elterlichen Hauses gesorgt werden kann.

So lautet das vom „Berl. Volksbl.“ veröffentlichte Schriftstück, für dessen Echtheit innere Gründe genug sprechen. Mit Recht hebt das genannte Blatt hervor, daß die Urkunde das gesammte Programm der Bismarck'schen Verstaatlichungs- und Monopolpolitik enthält, auch sonst spiegelt sie den Geist des zarischen Despotismus und seiner Bannerträger, unter denen Fürst Bismarck ja stets in erster Reihe stand, getreulich wieder.

Sozialpolitische Rundschau.

Die Sozialdemokratie und die Religion. Aus Anlaß der in jüngster Zeit häufig laut gewordenen Behauptungen unserer Gegner, die Sozialdemokraten wollten einen Zwang gegen irgend ein religiöses Bekenntniß ausüben, ist es wohl am Platze, an die nachstehenden Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Liebknecht zu erinnern, welche derselbe in einer Reichstagsrede am 11. Januar 1883 machte. Die betreffende Stelle lautet nach dem stenographischen Bericht: „Wir wollen, daß die absoluteste Freiheit des religiösen Bekenntnisses und die Ausübung des Glaubens herrsche, und jeder soll nach seiner Façon selig werden, und das sozialdemokratische Programm — und das halte ich denen entgegen, welche unserer Partei den Vorwurf der Gottlosigkeit an den Kopf schleudern — unser Programm ist weder heidnisch noch atheistisch, für uns Sozialdemokraten ist es einerlei, zu welcher Religion sich Jemand bekennt. Mensch ist Mensch, wir kennen bloß den Menschen, und das, was Jemand glaubt, ist seine Sache, und die Art und Weise, wie er es glaubt, wie er seinen Glauben betätigt, seinen Kultus ausübt, ob er ihn ausübt, wie er ihn ausübt, das geht nur ihn an, und der Staat hat sich nicht darenin zu mischen.“

Amerikanische Berichterstattung.

„Neueste Sensation.“
(Nach der „Münchener Post“.)

Ein Freund unseres Blattes schickt uns ein Blatt der „Cincinnati Zeitung“ vom 16. Februar d. J. Obwohl seitdem mehr als ein halbes Jahr vergangen ist, sind die „Spezial-Rabel-Depeschen“, welche das ehrenwerthe Blatt in jenen Tagen der Kaiserbriefe und der beginnenden Kanzlerreise aus Deutschland erhielt, zu interessant, als daß wir es unterlassen könnten, unseren Lesern diese Probe einer „smarten“ amerikanischen Berichterstattung vorzuenthalten. Die genannte „Cincinnati Zeitung“ schreibt also am erwähnten Tage unter der Ueberschrift „Ueber die neueste Sensation“ wörtlich Folgendes:

Berlin, 10. Febr. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete v. Bollmar hatte heute eine vierstündige Audienz beim Kaiser. Letzterer soll den Wunsch ausgedrückt haben, im 6. Berliner Wahlkreis als sozialdemokratischer Reichstagskandidat aufgestellt zu werden. v. Bollmar versprach, sofort eine Wählerversammlung einberufen zu lassen, in welcher der Kaiser seine erste sozialdemokratische Ansprache halten will.

10. Februar. (Später.) Die Eröffnung der gestern Abend stattgefundenen Volksversammlung, in der der Kaiser das sozialdemokratische Programm entwickeln wollte, wurde gleich Anfangs von dem anwesenden Polizeikommissär unterjagt. Als der Vorsitzende trotzdem den Versuch machte, den Kaiser vorzustellen, wurde er sofort verhaftet. Der Kaiser, in höchster Entrüstung, forderte die versammelte Menge auf, dem Verbot keine Beachtung zu schenken und begann unter dem die stärksten Mauern erschütternden Jubelgeschrei der in ungeheurer Anzahl Versammelten mit

einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Kurz darauf sprengten drei Husaren-Regimenter, die vom Polizeipräsidenten angesichts der außerordentlichen Sachlage requirirt worden waren, mit blankgezogenen Säbeln herbei und trieben die Massen mit Gewalt auseinander. Es fielen eine große Anzahl Verwundeter ab und in der furchtbaren Verwirrung konnte der Kaiser nur mit knapper Noth entkommen.

11. Februar. Um 1 Uhr nach Mitternacht wurde in aller Eile von Bismarck ein Ministerrath einberufen. Bismarck gab die persönliche Erklärung ab, daß er nolens volens der kaiserlichen Laune habe Vorschub leisten müssen, und das bekannte Reskript für ihn verfaßt ließ, doch sei auch er jetzt vollständig rathlos im Lichte der allerjüngsten Ereignisse. Daß der Kaiser es so weit treiben würde, wie er es gethan, ließe ihn fast an dessen Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Sein Antrag gehe dahin, dem Kaiser anheimzustellen, entweder seine sozialistische Steckenreiterei aufgeben oder abzudanken.

11. Februar, 8 Uhr Morgens. Kurz vor 1 Uhr Mitternachts hatte sich der Kaiser in der größten Aufregung in seine Gemächer zurückgezogen. Um 7 Uhr erhob er sich und ließ sofort Bismarck herbeiholen. Diesem eröffnete er in barscher Weise, daß er das gesammte Ministerium auffordere, zu resigniren und dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bebel die Mission übertragen wolle, ein neues sozialdemokratisches Ministerium zu bilden. Bismarck nahm die Mittheilung mit verbissenem Ingrimm entgegen und verabschiedete sich mit einer steifen Verbeugung und unter strengstem Stillschweigen. Die Gährung in ganz Deutschland ist eine unbeschreibliche und alle Geschäfte sind in vollständiges Stocken gerathen.

11. Februar, 8 Uhr Abends. Seit 10 Uhr diesen Morgen war Bebel mit dem Kaiser in dessen Privatbureau eingeschlossen und hat erst soeben das Schloß verlassen. Es verlautet, daß der Kaiser dem Bebel das Portefeuille des Ministerpräsidenten angeboten hat, und ihn aufgefordert, unverzüglich ein sozialdemokratisches Ministerium zu bilden. Bebel hat sich Bedenkzeit aus, um mit seiner Fraktion konferiren zu können, doch stellte er die sofortige Forderung, daß alle Verwaltungsbehörden im Lande angewiesen werden, bis zum Zusammentreten des neuen Reichstags die gesammten zu Recht bestehenden Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie als todtten Buchstaben zu behandeln und dem agitatorischen Wirken der Partei keine polizeilichen Hindernisse in den Weg zu stellen. Der Kaiser ließ auch sogleich an die zuständigen Behörden dahingehende Ordres ertheilen. Der Kaiser ließ sich darauf von Bebel das sozialdemokratische Programm in ausführlicher Weise vortragen und erklären, und erjuchte Bebel gleichfalls, eine präliminariische Regierungsvorlage behufs Durchführung des Programms auszuarbeiten. Gegen 3 Uhr Nachmittags drang das Gerücht zu des Kaisers Ohren, daß Bismarck einen Staatsstreich vorbereite zwecks Absetzung des Kaisers und persönlicher Uebernahme der Regierungsfunktionen in der Eigenschaft eines Regenten. Es verlautete ferner, daß Bismarck den Kaiser unter Kuratel stellen wolle. Um seinen Zweck zu erreichen, hat er sich mit den Spitzen der Militärbehörden in Verbindung gesetzt, doch ist überall der Glaube vorherrschend, daß das Gros der Armee den Befehl verweigern wird, sobald etwas gegen den Kaiser im Schilde geführt werden soll.

Auf Anregung Bismarck's hat der Justizminister den juristischen Kreisen eine Preisfrage gestellt, durch welche die schwierige Frage gelöst werden soll, ob die Privatperson

Warum die Freisinnigen gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgezet opponieren und es am liebsten ganz beseitigen möchten, das geht klar hervor aus einer Petition, welche der freisinnige Verein in Glogau an Reichstag und Bundesrath gefandt hat. Dieselbe bittet die Inkraftsetzung des Gesetzes „aufzuschieben und letzteres einer Revision durch die gesetzgebenden Faktoren zu unterwerfen“. Die Petition führt hierfür folgende Gründe an: 1) Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgezet in seiner gegenwärtigen Gestalt bedingt einen so kostspieligen und schwerfälligen Verwaltungsapparat, daß durch diesen allein schon Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unerträglicher Weise belastet werden. 2) Die Wohlthaten, die das Gezet gewährt, sind an sich und insbesondere im Verhältnis zu den mannigfachen Lasten und Beschwerden, die es dem Volke auferlegt, viel zu geringfügig, um die Einführung einer so ungeheuerlichen Institution zu rechtfertigen. 3) Das Gezet erscheint als erster und höchst bedenklicher Schritt auf dem Wege zum sozialistischen Staate; es lähmt die Bethätigung freier Selbsthilfe zur Beseitigung sozialer Mißstände.

Was die Nationalliberalen Alles von Berliner Geschäftsleuten verlangen! Der „Konfessionär“ erzählt folgendes: Ein Fabrikant aus den westlichen Provinzen des Reiches war um seine Zustimmung zu einem Affordorschlage, den eine Berliner wohlbekannte, in Zahlungsverlegenheiten gerathene Firma unterbreitet hatte, angegangen worden. Er schrieb deshalb an ein ihm befreundetes Berliner Haus, daß er auf den Vorschlag einzugehen gemillt sei, wenn ihm folgende drei Fragen im gewünschten Sinne beantwortet werden könnten: 1) Sind die Inhaber der betreffenden Firma christlich-orthodox? 2) Gehen sie regelmäßig Sonntags in die Kirche? 3) Sind sie nationalliberal?

Boysfott. Im vergangenen Winter wurde das Halberstädter Odeum von den Arbeitern boysfottirt. Adolf Hoffmann in Halle, als Vorsitzender des Wahlvorstandes der sozialdemokratischen Partei der Provinz Sachsen, machte damals bekannt, daß kein Arbeiter aus denjenigen Brauereien trinken sollte, welche für das Odeum das Bier lieferten. Angeklagt wegen „Grobem Unfug“ hat das Halberstädter Landgericht diese Anklage als unbegründet zurückgewiesen. Es gibt also doch noch Staatsanwälte und Richter in Deutschland, die noch nicht ganz von der Korruption angeffressen sind.

In **Löbau** wurde der sozialdemokratische Wahlverein auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes aufgelöst. Die Bücher und die Kasse wurden beschlagnahmt.

Braunschweig. Der langjährige Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen „Unterhaltungsblattes“, Herr S. Kofosky, hat jetzt seine Stelle niedergelegt. Die „scharfe Tonart“ hat demnach gesiegt. — Der hiesige Zünngauschuß beschloß, ein juristisches Gutachten darüber einzuholen, ob sich die Zünnungen strafbar machen würden, wenn sie hiesige Geschäfte, die ihre Waaren und Einrichtungen von auswärtig beziehenden, zur Warnung des Publikums in den Blättern veröffentlichen. Das wäre allerdings ein merkwürdiger Boysfott!

Von den groben Rechtswidrigkeiten, welche, wie die „Freie Ztg.“ schreibt, bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreise Czarnikow-Kolmar verübt worden sind, hat eine Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht in Schneidemühl wieder Kunde gegeben. Ein Ortsvorsteher Busse und ein Schöffe Vogel hatten den Vertheiler der freisinnigen Stimmzettel für Rechtsanwalt Platau, den Vorsitzenden des freisinnigen Arbeitervereins, Dessau, in der willkürlichsten Weise verhaftet und körperlich mißhandelt. Die Verhandlung gegen Busse und Vogel vor der Strafkammer wegen Freiheitsberaubung und schwerer Körperverletzung endete mit der Verurtheilung von Busse und Vogel zu Gefängnißstrafe, zugleich wurde Busse verurtheilt, an den Arbeiter Dessau eine Buße von 1000 Mark zu zahlen. — Es mehren sich die Fälle, in denen Gerichte den Bestimmungen der Verfassung zuwider, Reichstagsabgeordnete während der, bekanntlich nicht geschlossenen, sondern nur vertagten Session zu gerichtlichen Untersuchungen ziehen. Neuerdings hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stadthagen, Rechtsanwalt in Berlin, vom Amtsgericht eine Vorladung wegen

Beleidigung erhalten mit dem Hinzufügen: „Im Falle Ihres Ausbleibens wird Ihre Vorführung erfolgen.“ In energischerer Weise als andere Abgeordnete wehrt Herr Stadthagen diesen Versuch ab. Er hat an das Amtsgericht folgendes Schreiben gerichtet: „Zu dem Termin werde ich nicht erscheinen und verbitte mir den Versuch einer gewaltthätigen Eisirung. Ganz abgesehen davon, ob die fakultativ im Gezet zugelassene Androhung (§ 133 St.-P.-O.) in die Vorladung aufzunehmen, irgend eine Veranlassung vorlag, verbietet Artikel 31 der Reichsverfassung, ein Mitglied des Reichstags während der Sitzungsperiode zur Untersuchung zu ziehen. Die Vorladung und Eisirungsandrohung stellt sich als eine Verletzung der Reichsverfassung dar. Gleichzeitig frage ich hierdurch an, auf weffen Requisition hin der Versuch, mich in Untersuchung zu ziehen und gar zu fesseln, gemacht ist und falls eine Staatsanwaltschaft die Requirirentin sein sollte, welches der Name des gesetzwidrig requirirenden Beamten ist.“

Aus dem Schiedsgericht in Unfallversicherungs-fällen. Als ein bisher noch unaufgeklärter Fall ward in jüngster Sitzung des Schiedsgericht zu Berlin jener des Arbeiters Fiehl bezeichnet. Am 10. Dezember v. J. stolperte Fiehl und fiel auf Kopf und Hände. Er lachte anfänglich über diesen Unfall, aber bereits am 12. desselben Monats erkrankte er und hat lange Zeit an den Folgen einer Gehirnerkältung gelitten. Damit verbunden war eine Lähmung der linken Seite. Der Vertreter der Unfallgenossenschaft hatte Verneuerung der Berufung beantragt. Es sei in keinem Falle erwiesen, daß der Unfall mit der später konstatirten Erkrankung in Verbindung gebracht werden könne. Kopfverletzungen, vielleicht infolge von Faustschlägen, könnten die Ursache sein. Das Reichsversicherungsamt habe in ähnlichen Fällen festgestellt, daß mindestens eine Wahrscheinlichkeit für den Unfall vorhanden sein müsse. Diese habe man aber hier keineswegs zu finden vermocht. Das ärztliche Attesti verwarf, diesen Ausführungen sich anschließend, die Berufung. — Der Arbeiter August Hanbke erlitt am 14. September 1886 eine Quetschung des Zeigefingers der rechten Hand. Es wurden ihm 17 Proz. der Rente gewährt. Auf Grund einer eingeholten Auskunft über die Arbeitsfähigkeit und den Verdienst des Verletzten wurde die Rente auf 10 Proz. herabgesetzt. Gegen diese Verfügung beschritt H. den Klagenweg. Er sei oftmals schon wegen nur theilweiser Arbeitsfähigkeit entlassen worden. Er könne größere Gegenstände nicht fassen. Nach Gutachten des Arztes sei seine Verletzung dem Verlust des ganzen Zeigefingers gleich zu achten. Das Schiedsgericht wies jedoch des Verletzten Anspruch zurück. Es ging dabei von der Ermägung aus, daß durch andauernde Gewöhnung die verletzten Glieder wiederum die frühere Geschmeidigkeit erlangen.

Schweiz. Die Tessiner Konservativen werden an der Berner Verhandigungs-Konferenz Theil nehmen. Unter ihnen hat bereits eine Einigung hinsichtlich eines Verständigungs-Programmes stattgefunden. — Das Tessiner liberale Komitee hatte dem Bundesrath erklärt, wenn die ultramontane Regierung wieder eingesetzt würde, so würden die Liberalen die Schweizergrenze überschreiten. Diese Erklärung erregte Entrüstung und Aufsehen. Gestern hat nun der Bundespräsident vom Komitee folgende Depesche erhalten: „Unsere Erklärung, die Grenze zu überschreiten, ist nach dem Sinne aufzufassen, daß die Liberalen nicht eine Stunde unter der verhassten Respini-Regierung bleiben wollten, ohne daß sie desmwegen aufhören würden, gute und getreue Eidgenossen zu sein.“ Man hält allgemein dafür, Respini werde nach seiner Wiedereinsetzung keineswegs demissioniren.

Was man in einem civilisirten Staate des 19. Jahrhunderts nicht mehr für möglich halten sollte, entwickelt sich in Belgien noch heute vor Aller Augen! Ein staatlich organisirter Menschenhandel, um von den Begüterten die Militärlast abzuwälzen, wird getrieben, aber dieser Handel geräth in das Stocken. Zum ersten Male seit sechs Jahren haben sich bei dem Kriegsministerium nicht genug Leute gemeldet, welche bereit sind, gegen 1600 Francs als Ersatzmänner in die Armee einzutreten, denn mit jedem Jahre wächst die Zahl der Familien-

väter, welche ihre Söhne von der Dienstpflicht befreien wollen. Die Militärbehörden haben heute zahlreiche Familienväter davon benachrichtigt, daß sie sich selbst die geeigneten Ersatzmänner beschaffen müssen und ihnen hierzu drei Monate Zeit bewilligt wird. Dieselben sind somit gezwungen, sich an die Werbebureaus zu wenden und gegen große Geldopfer sich Ersatzmänner zu kaufen. Das sind eben so unwürdige, wie auf die Dauer unhaltbare Zustände. Die sozialistische Arbeiterpartei fordert mit Recht: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten! Heerespflicht und Stimmrecht für Jedermann!“ und wenn die herrschenden Klassen sich nicht bei Zeiten bequemen, auf ihre Vorrechte endlich zu verzichten, so haben sie es ihrer eigenen Engherzigkeit zuzuschreiben, wenn Ummwälzungen hervorgezogen werden, welche mit allen Vorrechten der herrschenden Klassen gründlich und ohne Ausnahme aufräumen. — So sehr auch die Offiziere täglich sich damit abmühen, zu erklären, die sozialistische Arbeiterpartei vertrete nur eine unbedeutende Minderheit der Arbeiter, so beweisen doch alle jetzt stattfindenden Wahlen für die Industrie- und Arbeitsräthe das Ungereimte dieser Behauptung. Gestern fand in dem bedeutenden Industrieort Chatelet diese Wahl statt. Die Sozialdemokraten siegten mit 490 Stimmen. Die katholischen Arbeiterkandidaten erhielten 13 Stimmen (!). Auch die sozialistischen korporativen Genossenschaften machen große Fortschritte. Der Verwaltungsbericht der sozialistischen korporativen Genossenschaft „Fortschritt“ in Jolimont weist für das erste Semester dieses Jahres 29 316 Francs Reingewinn auf. Das Meiste, 24 564 Fr., verdiente die Bäckerei, welche 567 627 Brode von je 2 Kilo abgesetzt hatte. Erwähnt sei, daß ihre drei Auschanlokale keinen Branntwein verabsolgen und dennoch 1370 Francs verdient haben.

Arbeiterbewegung.

Von den **Hamburger** Ewerführern sind noch immer 6 Familienväter mit 19 Kindern und 3 Ledige zu erhalten. Auch in dem Stande der Aussperrung der Glasarbeiter von Vergeborf und Ottenen ist eine nennenswerthe Aenderung nicht eingetreten. An ersterem Orte befinden sich immer noch 99 Mann im Auslande, wovon 71 mit 146 Kindern. Ferner muß für 15 Eltern resp. Schwiegereltern geforgt werden. Zugug ist nicht zu verzeichnen, dagegen laufen auf Arbeitsangebote von anderen Hütten nach wie vor nur ablehnende Antworten ein. In Ottenen beträgt die Zahl der zu Unterstühenden 153, wovon 118 Familienväter mit 289 Kindern.

Die schlechte Konjunktur und die Kinley-Bill macht sich jetzt auch in den **sächsischen** Tuchwebereien und Streichgarnfabriken empfindlich. Während in früheren Jahren um diese Zeit die Beschäftigung meistens eine flotte war, sahen sich heute viele Stablissemens genöthigt, die tägliche Arbeitszeit um einige Stunden zu beschränken; andere Fabriken der genannten Branchen beabsichtigen, demnächst nur noch halbe Tage arbeiten zu lassen. Der nächste Winter wird voraussichtlich den sächsischen Industriearbeitern die härtesten Entbehrungen auferlegen.

Grober Unfug war es nach Ansicht des Amts-anwaltes in Brandenburg, daß eine Tischlerversammlung über eine Werkstelle die Sperre verhängte, der mit je einer Woche Haft an dem Vorsitzenden der Versammlung und dem Redakteur, der einen Bericht darüber gebracht, geahndet werden müsse. Der Gerichtshof war anderer Ansicht und erkannte auf Freisprechung.

Die Appretirer der Seidenfabrikanten in **Yhou** verlangen Neuregelung des Lohntarifs und den 10stündigen Arbeitstag.

In **Schottland** streiken 6000 Hochofenarbeiter. Von 78 Hochofen sind nur noch 6 im Betrieb.

lokales.

Karlsruhe, 15. Okt.

Mittheilungen aus der Stadtrathszitung vom 10. Oktober. Die von der Gas- und Wasserwerkskommission vorgeschlagenen Maßregeln, welche bezwecken, Unberechtigten den Zugang zu den Brunnen und Reservoirs des Wasserwerks unmöglich zu machen, werden gutgeheißen. Die Brunnen-

des Kaisers konstitutionell über oder unter dem Gezeze steht. Von der Lösung dieser Frage soll es abhängen, ob man gegen den Kaiser disziplinarisch vorgehen, ihn wegen Geheimbündelei, Hochverrath oder Majestätsbeleidigung prozeßiren oder eventuell selbst ein Ausweisungsdekret wegen sozialdemokratischer Umtriebe gegen ihn erlassen kann.

Wer innerhalb der nächsten 24 Stunden die Bismarck gefälligte Antwort liefert, erhält den Preis von 10,000 M. aus dem im leztjährigen Budget vorgesehenen Reservefond für außerordentliche Ausgaben im geheimen Dienst des Ministeriums des Innern ausgezahlt.

Der Kaiser hat den Befehl ertheilt, Bismarck und sein gesamtes Ministerium unter Anklage der Verschwörung gegen die kaiserliche Person verhaften zu lassen. Man bezweifelt allenthalben, daß dem Befehl seitens der Polizeibehörde Folge geleistet werden wird. Gleichzeitig hatte sich der junge Herbert Bismarck, während der Kaiser noch mit Bebel in eifriger Konfultation begriffen war, bei Ersterem in dringender Angelegenheit eine Audienz ausgebenen, in der Herbert dem Kaiser eröffnete, daß er sich von der Partei seines Vaters loszusagen entschlossen habe und nun seine Dienste dem Kaiser behufs Inaugurirung der neuen Aera anzubieten komme. Auf Anrathen Bebel's wies der Kaiser den jungen Herbert ab, da Bebel das Ganze als ein schlaues Manöver Bismarck's charakterisirte, mit Hilfe dessen er sich aus seiner gegenwärtigen Klemme ziehen zu können glaubt.

Bebel hat seinen intimen Freunden zu verstehen gegeben, daß des Kaisers nächste Schritte vollständig unberechenbar seien und man die Wendung der Dinge wohl ausnutzen, aber durchaus keine allzu jauguinische Hoffnung darauf setzen darf. Es schiene, als ob der Kaiser die fixe Idee in sich aufgenommen habe, einen zweiten Karl den

Großen oder noch etwas Größeres auf der Bühne der Weltgeschichte vorzustellen. Der Kaiser habe auf ihn den Eindruck gemacht, als sei es ihm darum zu thun, als Regenerator der Menschheit und Schöpfer einer neuen menscheitsbeglückenden Civilisation zu gelten. Von ihm, Bebel, habe er die Garantie verlangt, daß er, der Kaiser, in dem sozialistischen Staat als lebenslängliches Haupt der National-Exekutivbehörde eingesetzt werde. Ferner bestand er darauf, daß das neuzubildende Ministerium sofort nach Antritt eine Note an die Großmächte richte, diese auf-fordernd, Vertreter zu der internationalen Konferenz behufs Berathung über die allgemeine Einführung des sozialistischen Staatswesens in allen civilisirten Ländern zu entsenden. Betreffs des ersten Punktes, nämlich der besagten Garantie, habe Bebel um Aufschub gebeten, weil er sich von seinen Konstituenten erst Rath einholen wolle. Ueber die vorgeschlagene Konferenz sprach er sich abfällig aus, weil seiner Ansicht nach die übrigen Großmächte aus purem Selbsterhaltungstrieb ohne Weiteres dem Vorbilde Deutschlands folgen, den der Aufschwung, den Ackerbau, Handel, Gewerbe, Kunst und Wissenschaft unter dem neuen Regierungssystem nehmen würde, würde blitzschnell so riesige, nie geahnte Dimensionen in Deutschland annehmen, demzufolge die übrige civilisirte Welt entweder sich vollständig bankrott erklären, oder das dieselbe System aus freien Stücken, ja selbst mit leidenschaftlichem Eifer adoptiren müsse.

12. Februar, 12 Uhr Mittags. Die Börsen in allen Großstädten Europas sind geschlossen. In finanziellen und bisher regierungsfreundlichen Kreisen herrscht ungeheure Aufregung und Bestürzung. Aller Augen sind auf Rußland gerichtet, das noch als der einzige Rettungsanker betrachtet wird, die sozialistische Sturmfluth und das heutige Staatswesen noch auf eine Weile zu retten. Die große

Masse des Volkes verhält sich zwar noch ruhig, bezeugt aber den sozialistischen Wortführern in Wort und That ihre unzweideutige Sympathie. Die Spannung in Erwartung der allerhöchsten Vorkommnisse ist allenthalben bis auf's Aeußerste getrieben. Die gesammte deutsche Bureaokratie steht der Entwicklung der Dinge rathlos gegenüber und fürchtet sich, irgend welchen entscheidenden Schritt zu ihrer eigenen Rettung zu thun. Der Kaiser hat aus Furcht vor einer Palastverschwörung, die nach seinem Leben trachtet, alle seine früheren Hofbeamten entlassen und die sozialdemokratische Fraktion hat ihm eine Schutz- und Ehrengarde von 50 bewährten Vertrauensmännern zur Verfügung gestellt. . . .

Lesefrüchte

zur Gedächtnißfeier für das verstorbene Sozialistengesetz.

„Eine große Gemeinschaft von Menschen zu verfolgen und zu bestrafen, es zu versuchen, Meinungen auszurotten, welche aus dem Zustande der Gesellschaft entspringen und selbst ein Zeichen der wunderbaren und wuchernden Fruchtbarkeit des menschlichen Geistes sind, dies zu thun ist nicht nur eine der verderblichsten, sondern auch eine der thörichtesten Handlungen, die man sich nur vorstellen kann.“ (Buckse.)

„Der Regent hat kein Recht über die Meinungen der Bürger. Es ist Wahnsinn, anzunehmen, daß Menschen zu einem Jhresgleichen sagten: wir erheben Dich über uns, weil wir gerne Deine Sklaven sein möchten. Du bist Herr über unsere Gedanken.“ (Friedrich d. Gr.)

befreien
die ge-
hierzu
mit ge-
gegen
sind
Recht:
Stimm-
Klassen
endlich
keit zu-
welche
publizist
ich die
e sozia-
Minde-
ereinte
en In-
oftralen
erständ-
stischen
e. Der
offenen-
emester
Meiste,
Bode
re drei
democh

immer
halten.
er von
derung
immer
indern.
gefordert
en auf
ur ab-
ahl der
it 289

acht sich
Streich-
um
haben
Arbeits-
der
halbe
voraus-
Ent-

Ants-
lung
einer
g und
ahndet
t und

ver-
ndigen

Bon

Oft,
vom
mission
htigten
Basser-
ommen

bezeugt
hat
en bis
ureau-
entüber
ritt zu
Furcht
Leben
und die
und
n zur

sch.
folgen
wotten,
n und
Frucht-
nicht
ann."
(s.)

ngen
nischen
über
u bist
Dr.)

sollen künftig unter doppeltem Verschluss stehen. Statt wie bisher allmonatlich, soll künftig allwöchentlich eine chemische Untersuchung des Leitungswassers vorgenommen werden; dabei soll jeweils auch Wasser, welches direkt aus den Brunnen gehoben ist, zur Untersuchung kommen. Nach Mitteilung des Großh. Herrn Staatsanwalts liegt kein Anhaltspunkt für die Annahme vor, daß der Knabe des Heizers Müller durch ein Verbrechen um's Leben kam. Die an ihm vorgefundene Halswunde hat weder eine Arterie noch den Kehlkopf verletzt und der Zustand der inneren Organe spricht dafür, daß der Tod durch Verblutung nicht eingetreten ist. Der Gerichtsarzt hält vielmehr für wahrscheinlich, daß der Knabe erstickt (ertrunken) sei. Derselbe konnte dadurch in den Brunnen gelangen, daß er auf dessen Ueberdachung stieg, die dort befindliche Fallthüre aufhob und sich auf eine Eisenplatte herabließ, die etwa 1 Meter unter der Fallthüre sich befindet. Von dort aus kann er die letztere wieder geschlossen haben und, nachdem er sich in den Hals geschnitten, absichtlich oder zufällig in den Brunnen gestürzt sein. Die Fallthür ist dazu eingerichtet, durch ein Malschloß verschlossen zu werden. Fehlerhafter Weise wurde jedoch dieser Verschluss nicht angewendet. Ehe Weiteres hierwegen verfügt wird, soll die Großh. Staatsanwaltschaft gebeten werden, nach beendeter Untersuchung dem Stadtrath die Untersuchungsakten zur Einsicht mitzutheilen. — Beim Bürgerausschuß soll beantragt werden, daß 50 städtischen Beamten durch Dienstvertrag das Recht auf Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der vom Bürgerausschuß unterm 25. September d. J. beschlossenen Grundsätze zuerkannt werde. — Die Erbauung der Hirschstrafenbrücke kommt in Folge Erhöhung der Eisenpreise und nachträglicher Verstärkung der Brückenkonstruktion statt wie angenommen auf 156 000 Mark auf 183 200 Mark zu stehen, so daß die Bewilligung eines Nachtragskredits von 27 200 Mark nöthig fällt. Hierüber soll dem Bürgerausschuß Vorlage gemacht werden. — Weitere Anträge sollen dem Bürgerausschuß unterbreitet werden 1) auf Bewilligung eines Kredits von 1000 Mark zur Veranstaltung einer Festschicht bei Gelegenheit der Eröffnung der Lokalbahn Spöck-Karlsruhe-Dürmersheim; 2) auf Genehmigung eines mit Lokomotivführer W. Melzer abzuschließenden Vertrags über käufliche Abtretung einer zur Landgrabenstraße nicht erforderlichen Geländefläche an denselben. — Der Lokalbahnverwaltung wird, damit der Verkehr nach dem neuen Friedhof in Wäde aufgenommen werden kann, gestattet, beim neuen Friedhof ein provisorisches Ausweichgleise herzustellen. — Bei Großh. Bezirksamt soll beantragt werden, den Verkauf von Zuckerverfahren auf den öffentlichen Straßen und Plätzen allgemein zu verbieten, da durch die gebotene Gelegenheit besonders Kinder zu unnützen Ausgaben verleitet werden und die feil gebotene Waare in den meisten Fällen von zweifelhafter Beschaffenheit ist. — Es wurde eine bessere Beleuchtung bei den Haltestellen der Lokalbahn angedacht. Die Direktion des Gaswerks erhält Auftrag, in dieser Beziehung Vorschläge zu machen. — Zur Verbesserung der Beleuchtung in der Göthestraße, Gottesauerstraße, Kaiserallee beim Mühlabergthorbahnhof sollen weitere Laternen zur Aufstellung kommen. — Der Preis für den Detailverkauf des Theers wird vom 1. November d. J. an bis zu 100 Kg. auf 10 Pf. pro Kg. und von 100 Kg. aufwärts auf 6 Pf. pro Kg. festgesetzt. — Für Herstellung der Gehwege in der Westendstraße und Gottesauerstraße mit Asphaltbelag beträgt der Aufwand 7010 M. 90 Pf., welcher von den Angrenzern zu ersehen ist. Die Kasse erhält Weisung, die bezüglichen Beträge zu erheben. — Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses erklärt sich der Stadtrath mit dem Vorschlag des Ortschulraths einverstanden, daß in der einfachen Mädchenschule von Beginn des nächsten Schuljahrs an Unterricht in der Haushaltungskunde (verbunden mit praktischen Übungen im Kochen, Bügeln etc.) erteilt werde. Zunächst soll der Bürgerausschuß um einen Kredit von 600 M. angegangen werden, mittels dessen zwei Hauptlehrerinnen der hiesigen Volksschule ermöglicht werden soll, sich zur Erhaltung des Haushaltungsunterrichts an der Schule in Kassel vorzubilden. — Zum Schlusse werden Arbeiten und Lieferungen vergeben. — Die für bevorstehenden Winter in Aussicht zu nehmenden Festhallenmaskenbälle werden dem Antrag der Stadtgartenkommission entsprechend festgesetzt auf die Samstage 24. Januar und 7. Februar 1891.

Die konservative Landesversammlung, welche am Montag den 13. d. M. Nachmittags im großen Saale der „Festhalle“ stattfand, nahm bei sehr zahlreicher Theilnahme einen ruhigen Verlauf. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden der konservativen Reichstagsfraktion, Herrn v. Manteuffel, entwickelte Dr. Dertel-Leipzig das bekannte Programm der Partei, während Hosprediger Stöcker darauf einen längeren und sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Bekämpfung der Sozialrevolution hielt. — Wir behalten uns vor, in nächster Nummer darauf zurückzukommen.

Freisinnige Versammlung. Letzten Montag tagte die Versammlung des freisinnigen Wahlvereins im großen Saale der „Eintracht“, wo weit über 1000 Personen anwesend waren. Reichstagsabgeordneter Dillinger eröffnete die Versammlung und bedauerte, daß Stöcker der an ihn ergangenen Einladung nicht gefolgt sei. Hier hätte er in öffentlicher Versammlung seine Ideen vorbringen und den Gegnern Rede und Antwort sehen können. Landtagsabgeordneter Muser charakterisirte in einstündiger Rede die konservative Bewegung in Baden als eine antisemitische, die zu bekämpfen alle Parteien — national-liberale wie demokratische — eine Pflicht hätten. Rechtsanwalt Frühau gab eine vernichtende Kritik der Thätigkeit Stöcker's, der es jetzt für gut befände, auf „sozialmonarchischem“ Wege besser vorwärts zu kommen. Nach kurzer Debatte wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

Unglück. Ein Landwehmann war im Krankenzimmer der Kaserne in Durlach zur Beobachtung. Gestern Nacht 8 Uhr stürzte er sich plötzlich aus dem Fenster des vierten Stockwerkes der Kaserne herab, so daß er bald eine Leiche war.

Mauerei. Ein Maurer Namens Linder aus Hagsfeld geriet mit seinem Genossen gestern Abend in einem Neubau der Durlacherstraße in Streit und stach ihn mit einem Messer derart in den Rücken, daß er schwer verletzt nach Hause verbracht werden mußte, der Thäter ist, wie wir hören, verhaftet.

Schwurgericht. Am 13. d. M., früh 9 Uhr, wurden die Sitzungen des Schwurgerichts für das 4. Quartal eröffnet. Zur Verhandlung kam die Anklage gegen den 30 Jahre alten Metzger Gustav Gottlieb Christian Seidel von Nabenau in Sachen wegen Mordversuchs. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage in der Annahme mildernden Umstände und daß Seidel die That ohne Ueberlegung begangen habe. Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Strafammerung vom 11. Okt. Der erste Fall der heutigen Tagesordnung betrifft die Anklage gegen Karl Schwarz von Büchig wegen Thätlichkeiten. Derselbe hatte gegen ein schöffengerichtliches Urtheil Berufung eingelegt, die jedoch verworfen wurde, weil er zur heutigen Verhandlung nicht erschienen war. — Als zweiter Fall kam der bekannte Bruchsaler Schloßdiebstahl zur Verhandlung. Angeklagt sind der 28 Jahre alte verheiratete Schreibhelfer Heinrich Jaehner, dessen Ehefrau Elise, dessen Bruder Gustav und dessen Vater Adolf Jaehner wegen Diebstahls bezw. fahrlässiger Brandstiftung und Hehlerei. Nach längerer Verhandlung werden der Vater des Jaehner freigesprochen, Heinrich Jaehner zu 5 Jahren 2 Monaten Zuchthaus, 5jähr. Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Elise Jaehner zu 2 Monaten Gefängnis und Gustav Jaehner zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Der Parteitag in Halle.

Halle, 15. Oktober.

Die Parteigenossen von Halle und dem Saalkreis entboten den Delegirten zum sozialdemokratischen Parteitag folgenden Willkomm-Grüß:

Parteigenossen!

Die Gefinnungsgenossen von Halle und dem Saalkreis entboten im Namen der deutschen Genossen den berufenen Vertretern der deutschen Sozialdemokratie genossenschaftlichen Grüß — Willkommen den Delegirten zum Parteitag! Zum ersten Male seit dem Jahre 1875 ist es der Sozialdemokratie vergönnt, auf heimischer Erde öffentlich vor den Augen der Gegner ihre Angelegenheiten zu besprechen und neu zu ordnen, und mit freudigem Stolze sehen die deutschen Genossen, sehen die Genossen des ganzen Erdensundes auf den heute zusammentretenden Parteitag, ist er doch der sichtbarste Beweis von der Stärke und Unbesieglichkeit der Sozialdemokratie! Zwölf Jahre unbeschreiblicher Verfolgung haben nicht vermocht, die Sozialdemokratie nur um Schritte breiter aus ihrer Position zu verdrängen. Das Sozialistengesetz, geschaffen um die so arg verlebte, bestgehafte Sozialdemokratie vom deutschen Boden wegzufegen, ist von seinen Schöpfern abgethan und fallen gelassen worden, man hat eingesehen, daß man es hier mit einer Geistesrichtung zu thun hat, die nicht mit Knüppeln unterdrückt werden kann. Wir stehen wieder auf dem Boden des gemeinen Rechts und können uns frei wie jede andere Partei bewegen und organisieren. Zwar harren unserer der Verfolgungen noch viele, vielleicht bei Weitem mehr als wir ahnen, diese Verfolgungen jedoch treffen Personen, nicht aber die Sache. Jeder wahre Parteigenosse folgt geraden Blickes der Fahne der Partei, jeder wahre Parteigenosse sieht nur das Vorwärtsdringen des rothen Banners und sieht nicht, was kämpfend am Wege fällt. Allerdings halten wir nach jedem Schrammelm Umschau, wie viel von unseren Getreuen, welche von den Heerführern im Kampfe erlegen sind, welche von ihnen sich noch auf dem schweren Posten befinden. So wird unser Parteitag auch eine Revue sein über den großen 12-jährigen Kampf, sehen wir, wer von den Kämpfern ausgehalten hat und wer erlegen ist, stellen wir den Verlust an Kämpfern und den Gewinn in der Sache fest. Und formiren wir ferner unter den neuen, veränderten Verhältnissen unsere Reihen, um gewappnet neuen Feinden und neuen Siegen entgegenzugehen. Das sind die Hauptaufgaben unseres Parteitages: Redenschafterbericht und Neuorganisation. Wir haben zwar unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes im Auslande drei Kongresse abgehalten, auf ihnen konnte aber erklärlicher Weise kein erschöpfendes Bild gegeben werden. Das Fehlende wird der gegenwärtige Parteitag nachholen. Es ist auch Aufgabe dieses Parteitages, eine entsprechende Organisation zu schaffen. Das sind die Hauptpunkte, die gewißlich eine befriedigende einhellige Lösung finden werden. Mögen immerhin unsere Gegner an den gesprungenen eisernen Reifen des Sozialistengesetzes die Hoffnung von dem Zerfall der Partei knüpfen, diese Hoffnung jedoch wird zu nichte werden, wenn die Vertreter auf dem Parteitag immer nur die Sache im Auge behalten und alles Persönliche meiden. Dann werden auch die nichtdeutschen Gäste, nach Hause zurückgekehrt, einen neuen Beweis liefern können, daß der deutschen Sozialdemokratie die Führerrolle in der internationalen proletarischen Bewegung zugefallen ist. Und in der zuversichtlichen Erwartung, daß dies allerseits beobachtet wird und die Verhandlungen von dem gehofften Erfolge sein werden, rufen wir den Delegirten zu:

Herzlich willkommen!

Nach der vorliegenden Präsenzliste werden auf dem Parteikongress ca. 100 Wahlkreise mit gegen 400 Delegirten vertreten sein. Zu dem Empfange der Delegirten ist seit Sonnabend Mittag eine Empfangskommission auf dem Bahnhofe in Thätigkeit. Die Vorberatungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die folgenden Tage hat, soweit der Raum und die vorher bei den Lokalkomiteesmitgliedern zu entnehmenden, auf einen halben Tag lautenden Karten reichen, Jedermann Zutritt.

Singer eröffnet um 9 Uhr die Versammlung und begrüßt die Gäste. Eine große Anzahl Telegramme und eine Adresse von Italienern werden vorgelesen. Domela Nieuwenhuis, stürmisch begrüßt, dankt für die Stamm- und Geistesverwandten in Holland, wo der revolutionäre Gedanke nie erloschen sei. Er erinnert an des edlen Marat Wort nach dem Sturm der Bastille: Schlaf nicht ein! Darum Kampf! Adler-Wien begrüßt die Versammlung Namens der engverknüpften Sozialdemokratie Oesterreichs.

Oesterreich habe noch nicht den 1. Oktober erreicht; seine Geetze seien schlimmer als alle Ausnahmegeetze.

Mundberg-Kopenhagen erinnert an die Gassfreundschaft Kopenhagens. Die dänische Sozialdemokratie habe festen Einfluß in Stadt und Land und sei aufmerksam auf die Landfragen.

Bell-Zürich meint, schlechte Beispiele verderben gute Sitten und darum sei die Vorfrage am Platze, ob Parteitage noch in der Schweiz stattfinden dürften. Für die schweizer Ausweisungen sei nicht das Volk, sondern die Regierung verantwortlich.

Branding-Stockholm spricht für die junge schwedische Bewegung.

Anseele-Belgien ist bemüht, muthige Soldaten zu werben; er spricht über das Grundgesetz in Belgien, das Eden des Kapitals.

Hierauf erstattet Bebel Bericht über die Leitung der Partei. Zunächst gibt er eine Liste der Verfolgungen durch das Ausnahmegesetz. Er erinnert unter starkem Beifall an die Genossen, die offen und geheim für die Verbreitung der sozialen Ideen arbeiteten. Eine allgemeine geheime Verbindung bestand nicht; es sei das ein Märchen der Gegner. Redner skizzirt die Entwicklung der Partei. Seit zwanzig Jahren sei sie von 100,000 Stimmen auf fast anderthalb Millionen gewachsen. Die Agitation für das Parlament und das Wesentlichste der alten Taktik muß weiter beibehalten werden. Die Genossen des Auslandes haben die Partei musterhaft genannt. Die materielle Entwicklung ist glänzend. Die jetzige Einnahme betrage rund 390,000 Mk. Der Kassenbestand der Partei ist 171,829 Mk. Vermögen. Sonstige Opfer der Genossen sind schwer zu kontrollieren. Die nächsten Aufgaben seien: vermehrte Agitation, namentlich in der Landbevölkerung, festes Vorgehen gegen den Thurm des Centrums, die Gründung eines eigenen Organs für die Landarbeiter. Die Lokalpresse ist nicht zu unterstützen; aber es ist ein polnisches Organ zu schaffen, desgleichen ein elsässisches. Die Sozialstatistik sei eingehender als bisher zu betreiben und ein eigener Generalstab hierfür zu schaffen. Der Redner schließt mit einem Hinweis auf die weltgeschichtliche Mission des Proletariats und einer stürmisch akklamirten Mahnung an die zweifelnden Freunde.

Mit der Prüfung der Kassenverhältnisse hatte die Fraktion — so legte Singer dar — die Genossen Kloss, Segiz und Ged-Offenburg beauftragt, die sich zu diesem Zwecke nach der Schweiz begaben.

Ged-Offenburg erstattet nunmehr dem Parteitage den Bericht über die Prüfung. Er bestätigte die Mittheilungen Bebel's und beantragte sowohl die Decharge-Ertheilung, wie den Dank an die Parteileitung für die gute Kassenführung.

Nachdem nunmehr die Diskussion über den von Bebel erstatteten Bericht eröffnet worden war, erhielt als erster Redner Trautwein-Quedlinburg das Wort. Der Redner ist ländlicher Arbeiter und beklagt sich darüber, daß die ländlichen Arbeiter sehr durch die Gesinde-Ordnung leiden. Er kündigt den Antrag an, den er mit mehreren anderen ländlichen Arbeitern unter den Delegirten einbringen wird, die Aufhebung der Gesinde-Ordnung anzustreben. Er ersucht, dem zuzustimmen und die Agitation unter den ländlichen Arbeitern in verstärktem Maße zu betreiben. (Lebhafter Beifall.)

Voldeaner-Karlsruhe: Bebel konnte in der kurzen Zeit einer Stunde nicht mehr bieten, als er geboten hat. Werthvoll waren seine Angaben, wie er sich den Kampf in Zukunft dachte. Die Parole der Fraktion zum 1. Mai war richtig, ebenso der Beschluß wegen der Stichwahlen. Wir in Baden sind sehr zufrieden mit ihm. Die Verhältnisse hatten sich eben seit St. Gallen geändert. Würden die Berliner mit mehr Ruhe auftreten, würden sie mehr erreichen. (Beifall.)

Bebel beantragt Billigung des Verhaltens der Fraktion in Sachen der Stichwahlen und der Feier des 1. Mai. Mit immenser Majorität angenommen.

Resolution Rüdiger-Heidelberg: Energischer Tadel der „Jungen“, einstweilen zurückgestellt.

Ged-Offenburg beantragt Decharge des Kassierers; einstimmig angenommen.

Wahl der Untersuchungskommission aus 9 Personen wird beschlossen.

In der Sitzung vom 14. Okt. erstattet Singer Bericht über die parlamentarische Thätigkeit und die Staatsverweigerung wegen des Militarismus und der Bismärckererei. Nach einem Angriff auf die Zollpolitik und das Ausnahmegesetz spricht Redner über den Arbeiterschutz. Das Koalitionsrecht muß erweitert werden, auch wenn ein offizieller Arbeiterschutz Zuckerbrod gewährt. Der Unternehmer, der die Koalitionsfreiheit antastet, soll gesetzlich geirrt werden können.

Der Arbeiterschutz ist natürlich nicht das letzte Ziel, sondern eine Erleichterung zur Bildung einer Armee für den Befreiungskampf der Menschheit. Die Kolonialpolitik sei widerwärtig; man solle die heimische Sklaverei beseitigen. Das Bettelgeld von der Alters- und Invalidenversorgung sei eine Schande für Deutschland. Statt des Militarismus schaffe man eine Miliz. Gegen die Gewerbegerichte hat man gestimmt, weil die betreffende Vorlage weniger freihändlerisch gewesen als die bestehenden städtischen Gewerbegerichte. Die Parlamentsthätigkeit darf nicht beschränkt werden. Die Befürchtung, daß eine Possibilistenpartei entstehen könne, wird in den großen Parteikreisen nicht gehegt. Die parlamentarische Agitation sei unerlässlich, niemals aber ein Kompromiß mit andern Parteien zulässig. Unsinzig wäre es zu wählen und den Gewählten die Tribüne versperren. Die Ausführungen Singer's wurden beifällig aufgenommen.

Fischer-London und Dertel-Nürnberg beantragen folgende Resolution: „Der Parteitag erklärt, die Fraktion habe sowohl den St. Gallener Beschlüssen entsprochen, als auch die durch die Aenderung der Partei-Gruppierung für die Sozialdemokratie nothwendig gewordenen Verpflichtungen völlig erfüllt. Die Parteifraktion soll ferner wie bisher die

prinzipiellen Forderungen gegen die bürgerlichen Parteien und den Klassenstaat rückwärts, aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen, im Arbeiterinteresse notwendigen Reformen erstreben, ohne über die Tragweite der positiven gesetzgeberischen Arbeit für die Klassenlage in politischer wie in ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen."

Vollmar und Genossen beantragen eine zweite Resolution: „Die Fraktion wird aufgefordert, das Koalitionsrecht nicht nur im heutigen Umfang zu erhalten, sondern die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit und ein Gesetz gegen die Unternehmer, die die Rechte der Arbeiter antasten, mit nachdrücklichen Strafen anzustreben.“ Vollmar bemerkt in der Begründung, daß ein solches Gesetz in Frankreich bestehe. Zu beiden Resolutionen wird keinerlei Opposition gemacht.

Liebenicht meint, die Opposition gegen das Parlament beruhe auf einem Mißverständnis über den Begriff des Parlaments: Bei dem allgemeinen Wahlrecht sei die indifferente Masse durch den Wahlkampf zu erobern. Alle 45 Millionen Deutschen können doch nicht Gesetze geben; eine Volksvertretung sei daher notwendig. Das revolutionäre Maulheldentum sei lächerlich; eine Bombe werfen kann wohl jeder Esel. Die erzieherische Wirkung durch das Wahlrecht sei unberechenbar.

Löwenstein-Nürnberg sagt, er verlange auch eine Propaganda; das wollen alle Genossen; aber Werner verlange eine Propaganda, wie Most und Hasselmann sie aufzählten.

Die Resolution Fischer-Dertel wird einstimmig angenommen. Werner enthielt sich der Abstimmung. Die Resolution Vollmar wurde angenommen gegen 2 Stimmen.

Neueste Nachrichten.

Bern, 14. Okt. Respini erklärt in dem konservativen Organe, er werde in der nächsten Großrathssitzung als Staatsrath demissioniren, weil die eidgenössischen Behörden der Verfassung und den Verhältnissen des Tessin nicht genügend Rechnung tragen und die letzte Abstimmung seine Erwartungen getäuscht habe. Er scheidet ohne Bitterkeit aus dem Amte und wünsche seinem Lande die Wiederherstellung des Friedens. Die letztere dürfte infolge des Rücktritts Respini's gesichert sein. Respini will sich in den

Großen Rath wählen lassen und die Führung der konservativen Partei übernehmen.

Bellinzona, 13. Okt. Die Proklamation des Bundesraths auf Wiedereinsetzung der alten Regierung unter besonderer Aufsicht des Bundes wurde gestern veröffentlicht. Die Aufregung der Liberalen über die Wiedereinsetzung hat sich gelegt.

Bellinzona, 14. Okt. Der Stadtpräsident von Bellinzona und das radikale Centralcomité wenden sich in einem Aufrufe an die radikale Bevölkerung mit der Mahnung, der heute sich vollziehenden Wiedereinsetzung der alten Regierung keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Gile, 12. Okt. Der Marxisten-Kongress sprach sich für einen baldigen internationalen Bergarbeiterstreik aus und beschloß am 1. Mai 1891 eine internationale Arbeiterkundgebung zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages zu organisiren.

Amsterdam, 12. Okt. Gestern Abend um halb 10 Uhr trieb ein großer Volkshaufe eine Anzahl Sozialisten von der Damstraße bis zur Kalverstraße zurück. Vor dem „Café neu“ kam es zu einem ernstlichen Zusammenstoß. Das Volk bemächtigte sich der sozialistischen Reklametafeln und durchzog singend die Straßen, bis gegen 11 Uhr eine starke Polizeimacht den Volkshaufen zerstreute. Tausende von Neugierigen hemmten bis Mitternacht die Passage.

Großh. Hoftheater.

Donnerstag den 16. Okt. 105. Ab.-Vorst. **Beatrice und Benedict**, Oper in 2 Akten nach Shakespeare. Text und Musik von Verlog. Deutsche Uebersetzung von Rich. Pohl. Die Recitative von G. zu Puttitz und Felix Mottl. — Anfang halb 7 Uhr.

Freitag den 17. Okt. 106. Ab.-Vorst. **Demetrius**, Trauerspiel in 5 Akten. Mit Benutzung des Schiller'schen Fragments bis zur Verwandlung im 2. Akte von Heinrich Laube. — Anfang halb 7 Uhr.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

6. Okt. Jakob Westermann von Reibshaus, Schuhmacher hier, mit Josefa Weinlein von Ettlingen. Friedrich Wilhelm von Kon-

stanz, Maurer hier, mit Karolina Klingensfuß von Sulzfeld. — 7. Karl Halbich von Lahr, Kaufmann hier, mit Anna Vollrath von hier. — 8. Johannes Unterwegner von Wiesloch, Handschuhmacher hier, mit Lina Weindel von Forst. Johann Gegenwirth von Waldenhausen, Schreiner hier, mit Luise Schulmeister von Lichtenau. Adam Kern von Durlach, Maschinenmeister hier, mit Elisabetha Huff von Mühlhofen. — 10. Ott. Alois Klumpp von Freilshausen, Bahnarbeiter hier, mit Anna Effig von Freilshausen. Adolf Holzer von Raftatt, Bäckermeister in Raftatt, mit Christine Freisinger von Karlsruhe. Ludwig Unser von Rheinhausen hier, mit Augusta Börsel von Rheinhausen. Matthäus Dammert von Kronau, Wagner hier, mit Luise Langendörfer von Weingarten. — 11. Okt. Karl Zuberbühler von Herisau, Friseur hier, mit Anna Kromer von Kadelberg. Franz Hartshub von Leimen, Lokomotivführer hier, mit Elisabetha Kambacher von Sinsheim.

Geburten:

7. Okt. Jakob Ruf von Stein, Bäcker hier, mit Elise Hofheinz von Hagsfeld. — 8. Okt. Ludwig Leoy von Landau, Professor und Architekt hier, mit Flora Levinger von hier. — 9. Okt. Heinrich Mayer von Megden, Bäcker in Raftatt, mit Susanna Schwarz von Neckargemünd. — 11. Okt. Karl Bode von Neustadt, Geschäftsführer hier, mit Elisabetha Häuser von Unterdischingen. Jakob Jütte von Durlach, Tagelöhner hier, mit Thekla Frey von Biffingen. Johann Kohler von Bruchsal, Blechschmied hier, mit Hedwig Metzger von Oettingen. Wilhelm Huber von Pforzheim, Schlosser hier, mit Marie Bundschuh von Osterburken. Leopold Imhoff von hier, Sattler hier, mit Karoline Schäß von hier. Friedrich Schmidt von Dehringen, Blechschmied hier, mit Karolina Prior von hier. Lorenz Eberle von Tiefenbronn, Maschinenarbeiter hier, mit Karoline Ruf von Elmendingen.

Geburten:

4. Okt. Wilhelm Heinrich, Vater Heinrich Kärcher, Metzger. Josef Richard, Vater Josef Hemmerich, Amtspräsident. — 5. Okt. Friedrich Wilhelm August, Vater Philipp Stapf, Schreinermeister. — 6. Okt. Emil Adam, Vater Michael Schramm, Dienstmann. Gustav Adolf, Vater Merius Finkenmaier, Eisenbahnkassierer. — 8. Okt. Heinrich Hans, Vater Otto Scholl, Feinmechaniker.

Todesfälle:

5. Okt. Ernst Schrott, Kanzleirath a. D., ein Wittwer, alt 76 Jahre. — 6. Okt. Wilhelm, alt 8 Monate 8 Tage, Vater Philipp Kumpf, Schneider. — 7. Okt. Alfred, alt 1 Monat 16 Tage, Vater Anton Saar, Kaufmann hier. — 8. Okt. Robert Oberholzer, Blechschmied, alt 18 Jahre. Karl Gautier, Schlosser, ein Ehemann, alt 47 Jahre. — 9. Okt. Margarethe Schwyz, alt 44 Jahre, Ehefrau des Cementeurs Michael Schwyz. Marie Kobia, alt 84 Jahre, Wittwe des Scribenten Josef Kobia. — 10. Okt. Karl Schnäbele, Schneider, ein Ehemann, alt 66 Jahre.

Für die Redaktion verantwortlich: Philipp Teufel in Karlsruhe. Druck von G. Mayer, Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage beginnt der Winterfahrtdienst auf unseren Linien; die bezüglichen Fahrpläne sind in den Stationslokalen, in den Wagen der Gesellschaft sowie in den meisten Wirtschaften ausgehängt. Interessenten, denen die Fahrpläne etwa noch nicht zugegangen sein sollten, sind gebeten, solche kostenfrei von der unterzeichneten Stelle zu beziehen. Karlsruhe, den 15. Oktober 1890.

Die Betriebsdirektion der vereinigten Karlsruher-, Mühlburger- und Durlacher Pferde- und Dampfbahn-Gesellschaft.

Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Anzeige.)

Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, dass unsere liebe unvergessliche Mutter, Schwester u. Schwägerin,

Frau Friederike Kasper

geb. Gampper, 213*

Dienstag Abend halb 9 Uhr sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1890.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Aug. Kasper, Restaurateur, nebst Familie.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 16. Oktober, Nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause, Schützenstrasse 58, aus statt.

Bestellungen

auf die

„**NEUE ZEIT**“,

sowie auf sämtliche in letzter Zeit erschienenen Schriften werden entgegengenommen in der

Expedition des „Volksfreund“,

31. Kreuzstrasse 31.

Ebenfalls sind viele Bücher und Broschüren vorrätzig. 191

Restauration zur deutschen Eiche

Augartenstraße.

Empfehle meine Wirtschaftslokalitäten den werthen Genossen und Freunden aufs Angelegentlichste. Hochfeines Bier, selbstgekelterten süßen und reifen Most, sowie gute Weine und vorzügliche Speisen.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen 201.3.3

Achtungsvoll

Peter Emig.

Rathgeber für Bruchleidende

franco und gratis erhältlich von dem Verfasser

Th. Lutz,

Spezialist für Bruchleiden in Baden-Baden.

Pfeifenklub „Einigkeit“.

Donnerstag den 16. Oktober, Abds. 1/2 9 Uhr im Vereinslokal, Restauration zur „Einigkeit“, Wilhelmstr. Nr. 47:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls.
 2. Einzahlen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
 3. Verschiedene Besprechungen.
- Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nöthig. 209*

Der Vorstand.

Echt holländ. Javakaffee

mit Zusatz, kräftig u. reinschmeckend, garantirt à Pfd. 90 Pf., Postpakete 9 Pfd. M. 7.20 versende zollfrei unter Nachnahme.

Fortwährend steigender Bedarf durch ganz Deutschland. Hier nur einige von Tausenden der eingegangenen Anerkennungschriften:

Bitte um Zusendung eines Postpaketes; ich bin sehr zufrieden mit dem Kaffee. Neuhof bei Biegnitz 18. 1. 90. Frau Landesälteste Scherzer. — Wollen Sie uns nochmals 9 Pfund des echten holl. Javakaffees senden, da letzterer sehr gut war; erbitten gütigst von derselben Waare. Menge bei Dortmund, 12. 6. 90. Carl Kempermann. — Bitte sogleich um ein Postpaket Javakaffee. Bitte jeden Monat, ohne besondere Bestellung, um ein solch Paket. Glückl. 27. 5. 90. Frau S. von Leukow. — Ihr Javakaffee gefiel mir, bitte sofort wieder um ein Paket. Halberstadt, 15. 7. 90. M. Julius, Conditorei u. Cafe. — Senden Sie uns gefl. per Post sofort 9 Pfund echt holl. Javakaffee, wie gehabt und franco per Bahn 50 Pfund. Heddingen i. Lothr. 17. 7. 90. Hedinger Consumverein. U. f. f. Verandt täglich.

Wilhelm Schultz, Altona 210.10.1 bei Hamburg.



Heder-Hut

in allen Farben à 4.50 Mk. sowie sämtliche Filz- u. Cy-linderhüte mit

Arbeiter-Kontrollmarke. 145

Alleinverkauf für Karlsruhe bei

Theod. Zenker,

Kaiserstraße No. 38.

An- u. Verkauf getragener Schuhe und Stiefeln von **Karl Würzburger**, Schuhmacher. 62 No. 32 Fasanenstrasse No. 32.

Arbeiter-

Kleider, Ueberzieher, Stiefel, Hemden und Koffer enorm billig bei **137 E. Lämmle**, Kaiserstr. 101.

Eine Schlafstelle ist an einen soliden Arbeiter sofort zu vermieten. Wielandstr. 28, Hinthö. 2 St. 178

Restauration M. Lutz
Durlacherstrasse 83

Jeden Donnerstag Schlachttag.
Täglich ausgezeichneten Stoff Kammerer's 142

Export-Lagerbier.
Kegelbahn u. Billard.
Gute Bedienung.

Das Kurz-, Woll- und Weisswaaren-Geschäft

von

A. HÄFNER

9 Kaiserstraße 9, beim Durlacherthor,

empfeilt zu den, den modernen Erwerbs- und Concurrenzverhältnissen entsprechend, äußerst nieder gestellten festen Preisen:

Hemden, weiß und farbig, fogen. Arbeitshemden, Normalhemden und Normalunterhosen (System Dr. Jäger und Dr. Lahmann), Arbeitsblousen, besonders für Bierbrauer, echte Hamburger Bäcker- und Metzgerblousen, Kragen, Manschetten (in Leinen und Gummi), Kravatten in allen gewünschten Formen und Farben, Unterjacken, Filetjacken, Herrenwesten, Unterhosen, Socken, Strümpfe, Hosenträger, Taschentücher, Kellnerinnen-, Frauen- und Kinderschürzen in allen Façonnen und Mustern in sehr großer Auswahl, Kinderkleidchen, Unterröcke, Kopfhüllen, Kopftücher, Trikottailen, Blousen, Corsetten, Handschuhe, Strick- und Häckelgarne in nur prima Waare und vollgewichtig, Sttlinger Shirting, Madapolam, Chiffons, Futterstoffe, Baumwollzeuge, Stoffreste, besonders zu Kinderkleidchen und Schürzen passend, Kurz- und Galanteriewaaren aller Art in nur bester Qualität und großer Auswahl.

Für Schneider und Schneiderinnen extra billige Preise.

Für Raucher empfehle noch mein gut assortirtes Cigarren- Cigarretten- und Tabaklager.

A. Häfner,

9 Kaiserstr. 9, beim Durlacherthor.

578.4 P. S. Es kommen in 1/2 Pfund-Packung, etwa 80 Gramm der Strang, eingetheilte Strickgarne in den Handel, die aber von den meisten Käufern als vollgewichtiges 1/2 Pfund, 100 Gramm der Strang, gekauft werden. Die erstere unpraktische Gewichtseinteilung kann nur auf Täuschung des Publikums berechnet sein, um möglichst niedere, in die Augen springende Preise stellen zu können. Um sich aber vor Schaden zu bewahren, lasse man sich jedes gekaufte Quantum unbedingt vorwiegen — ich thue es unaufgefordert — denn nur somit kann man jedem zu verjüngenden Schwindel wirksam auf den Leib rücken.